

Richard Drexl | Josef Kraus

NICHT EINMAL BEDINGT ABWEHRBEREIT

Die Bundeswehr in der Krise

SPIEGEL
Bestseller-
Autor

FBV



EMPFOHLEN VON
ROLAND TICHY

© des Titels »Nicht einmal bedingt abwehrbereit« von Richard Drexl und Josef Kraus (ISBN 978-3-95972-379-4)
2021 by FinanzBuch Verlag, Münchner Verlagsgruppe GmbH, München
Nähere Informationen unter: <http://www.finanzbuchverlag.de>

Geleitwort von Rupert Scholz

Der katastrophale Zustand der Bundeswehr hält an. Ausreichend Personal und eine funktionstüchtige Ausrüstung fehlen nach wie vor. Trotz eines steigenden Verteidigungsetats mangelt es weiterhin an einsatzklaren Panzern, Hubschraubern und Fregatten, nicht zuletzt an genügend Munition und Ausrüstung der Soldaten. Unter diesen elementaren Defiziten leidet die Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland. Dieser wahrhaft unverantwortliche Befund wiegt umso schwerer, als die Landes- und Bündnisverteidigung endlich wieder als Kernauftrag deutscher Streitkräfte erkannt worden ist. Zudem hat die Pandemie gezeigt, dass auch der Zivilschutz in unserem Land vernachlässigt wurde. Die Bundeswehr wird auch dafür gebraucht.

Jedes souveräne Land ist für seine Verteidigungsfähigkeit verantwortlich, will es die eigene Souveränität und die Sicherheit seiner Bürger gewährleisten. Eine Feststellung, die ebenso selbstverständlich wie verbindlicher Verfassungsauftrag ist, zeitweise aber anscheinend in Vergessenheit geraten war. Die Aussetzung der Wehrpflicht erfolgte in Deutschland 2011 überstürzt und ohne jene Übergangsregelungen, derer der Schritt zur Berufsarmee eigentlich bedurft hätte. Den Soldatenberuf ließ man im öffentlichen Ansehen so verfallen, dass viele unserer Soldaten mit Recht nach der Identifizierung des Gemeinwesens mit ihnen und ihrem Auftrag fragen und an sich und ihrem Amtseid zweifeln. Wiederum ein verheerender Befund, für den auch die politische Führung der Bundeswehr in hohem Maße verantwortlich ist. Wann in den letzten Jahren hätte sich zum Beispiel einmal der Deutsche Bundestag so grundlegend, wie es notwendig gewesen wäre, mit der Situation der Bundeswehr und dem Befinden unserer Soldaten auseinandergesetzt? Die These von der »Parlamentsar-

mee« ist längst verkommen. Selbst kritische und kompetent vorgetragene Berichte des Wehrbeauftragten haben an diesem Säumnis wenig geändert.

Die gleiche Kritik gilt für die deutsche Bündnispolitik. Seit Jahren besteht die Zusage an die NATO, 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für die Verteidigung von eigenem Land und Bündnis aufzuwenden. In der Realität wurde und wird jedoch nur etwas über 1,3 Prozent für die Bundeswehr eingesetzt. Die entsprechende Kritik unserer Bündnispartner ist noch immer berechtigt. Das stets bemühte Gegenargument von den hohen Aufwendungen Deutschlands für die Entwicklungspolitik geht fehl. Denn selbst wenn die Entwicklungspolitik sicherheitspolitische Relevanz besitzt, kann sie niemals die Fähigkeit zur militärischen Landes- und Bündnisverteidigung ersetzen. Es ist ob des Aufstiegs Chinas zudem höchste Zeit, die USA zu entlasten und mehr Aufgaben zu übernehmen. Der lauter werdende Ruf nach einer Europäischen Armee beziehungsweise einer integrierten Verteidigungsfähigkeit Europas ist mehr denn je begründet. Aber auch dies enthebt nicht von der nationalen Eigenverantwortung. Im Gegenteil, zumal die Bundeswehr in ihrem gegenwärtigen Zustand nicht europafähig ist!

Im Weiteren: Zu einer verantwortlichen Landes- und Bündnisverteidigung gehört auch eine funktionstüchtige Rüstungsindustrie. Sie repräsentierte im internationalen Vergleich einen außerordentlich hohen Leistungsstand in Qualität wie Technologie. Aber auch hier schlagen die vorgenannten Defizite und Beschränkungen in unverantwortlichem Maße durch.

Alles in allem: Ein grundlegender Wandel in der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist überfällig. In die Bundeswehr muss daher weiterhin massiv investiert werden. Der Beruf des Soldaten muss wieder mit der Achtung und der Anerkennung gepflegt und gewürdigt werden, die unsere Soldaten wahrhaft verdienen. Ist der Beruf des Soldaten doch der einzige, der kraft Selbstverständnisses und Amtseid bedeutet, sich Tag für Tag mit Leib und Leben für die Sicherheit der Bürger einzusetzen.

All dies wird mit dem hier vorgelegten Buch in eindrucksvoller Weise belegt. Gesellschaftliche Verwerfungen und Defizite in Politik und Bun-

deswehr werden mit klarer Analyse aufgezeigt. Die notwendigen Reformschritte werden beim Namen genannt und in ebenso klarer wie hoffentlich unüberhörbarer Weise an Staat und Gesellschaft adressiert.

Prof. Dr. Rupert Scholz
Bundesminister a. D.*

* Prof. Dr. Rupert Scholz (em.) für Öffentliches Recht an der Universität München, Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten des Landes Berlin 1981/1988. Bundesminister der Verteidigung 1988/1989.

KAPITEL I

Gesellschaftliche und politische Umstände: Armee in einer postpatriotischen Gesellschaft

Deutschland ist ein friedliches Land. Das Volk fühlt sich wohl, seit 1990 ist es nur noch »von Freunden umgeben«. Das Problem ist nur, dass ab 1990 weltweit keineswegs ausschließlich liberale Ordnungen gesiegt haben. Problematisch ist ferner, dass die Fremd- und Selbst-Pazifizierung Deutschlands um den Preis einer fortschreitenden Selbstaufgabe geschieht. Unsere Nachbarländer und Verbündeten verfolgen diese Entwicklung mit Skepsis.

Die »verspätete« Nation auf dem Weg in die NATO

Wiewohl ab dem frühen 19. Jahrhundert als Land der Dichter und Denker apostrophiert, ist Deutschland eine »verspätete Nation«. Bis zum Ende des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation im Jahr 1806 war Deutschland in rund 300 Kleinstaaten zersplittert, die mit dem Westfälischen Frieden von 1648 entstanden waren – mit einem spätestens ab 1701 übermächtigen Preußen. Verspätete Nation also? Helmuth Plessner (1892–1985) hat dieses Phänomen in einem gleichnamigen Buch analysiert.¹ Plessners

Kernthese war: England und Frankreich hatten bereits ab dem 18. Jahrhundert ihre moderne Gestalt angenommen, die (klein)deutsche Reichsgründung von 1871 indes brachte nur einen »Machtstaat ohne humanistisches Rechtfertigungsbedürfnis« hervor, eine »Großmacht ohne Staatsidee«. Ein gereiftes und ausgewogenes Nationalgefühl war damit nicht möglich, wie die Jahre 1933 bis 1945 mit ihrer rassistischen Übersteigerung gezeigt hätten.

Mittlerweile haben die Deutschen ihre Lektion gelernt. Einen entscheidenden Anstoß dazu gaben ab 1945 die Westalliierten mit ihrem Projekt »Changing of Germany«.² Die historische Schuld sollte sich zum markantesten Identitätsfaktor der Deutschen entwickeln. Auschwitz wurde zum Gründungsmythos der Bundesrepublik stilisiert. Bei dieser Betrachtung sollte der US-Philosoph John Dewey (1859–1952) mit seiner zwischen 1914 und 1942 verfassten Schrift *Deutsche Philosophie und deutsche Politik* eine Rolle spielen. Vor allem der deutschen Philosophie des 19. Jahrhunderts warf Dewey vor, die Ideen für Hitlers Rassenhass, für seinen Wahn von der Auserwähltheit des deutschen Volkes und seine »Blut-und-Boden-Ideologie« geliefert zu haben. Was die philosophischen Vorläufer betrifft, so spannt er dabei den Bogen – mit Luther beginnend – über Kant und Herder bis zu Hegel, Schelling und Fichte über den gesamten deutschen Idealismus. Desens Gemeinamkeit sei der »Glaube an die wesenhafte Überlegenheit des deutschen Volkes ... und an dessen vorbestimmtes Recht, über das Schicksal anderer Völker zu entscheiden«.³

John Dewey war jedenfalls bei der Bildung des in den USA ab 1943 entwickelten Konzepts der »re-education« der Deutschen von Bedeutung. Inwieweit davon auch heute noch Wirkungen zu verspüren sind, sei dahingestellt.⁴ Der Morgenthau-Plan vom August 1944 (damaliger US-Finanzminister Henry Morgenthau), mit dem Deutschland entmilitarisiert, entindustrialisiert und zum Agrarstaat rückverwandelt werden sollte, fand keine Verwirklichung. Stattdessen sollte der Marshall-Plan (damaliger US-Außenminister George Marshall) von 1948 helfen, Deutschland (West) und West-Europa auch im eigenen Interesse der West-Alliierten als Bollwerk gegen den Sowjetkommunismus wiederaufzubauen. Bis 1952 flossen Hilfen im Wert von heute rund 130 Milliarden US-Dollar nach Europa.

»Umerziehung« blieb dennoch – wie in Japan – angesagt; das geistige und kulturelle Leben in Deutschland sollte mithilfe des amerikanischen Office of Strategic Services (OSS) umgestaltet werden. Ziele waren die vier D: Demilitarisierung, Denazifizierung, Dekartellisierung, Demokratisierung. Es dauerte nicht lange, dann wurde »re-education« auch von deutschen Intellektuellen bereitwillig übernommen: von Horkheimer, Adorno, Abendroth, Kogon, von den 1968ern ohnehin, zudem von evangelischen Christen wie Niemöller und Gollwitzer. Der Schriftsteller Caspar von Schrenck-Notzing (1927–2009) nannte das »Charakterwäsche«.⁵

Linke Kräfte wollten zunächst ein neutrales, dann sozialistisches Gesamtdeutschland; sie waren erbost darüber, dass Adenauer 1952 die sogenannte Stalin-Note mit dem Angebot einer deutschen Einheit auf neutraler Basis zurückgewiesen hatte. Die SPD als damals größte politische Kraft des linken Spektrums wollte weder eine Bundeswehr noch einen Beitritt zur NATO. Dies schlug sich im Widerstand gegen die Gründung der Bundeswehr und gegen die NATO nieder. Ab 1958 gab es die Ostermärsche unter dem Motto »Kampf dem Atomtod«.

Patriotismus und Wiedervereinigung: Fehlanzeige?

Aus Sicht des Journalisten und Schriftstellers Friedrich Sieburg oszillieren die Deutschen zwischen Größenwahn und Selbsthass.⁶ Ausgerechnet mit der Wiedervereinigung neigte sich das Pendel in Richtung Schuld- und Sündenstolz. »Die deutsche Zivilbußfertigkeit ist inzwischen sehr ausgeprägt. Aber sie bläht sich gelegentlich sogar pharisäisch zu einigem Pflichterfüllungsstolz auf und macht geneigt, Subjekte geringer ausgeprägter Schuldbekennnisfreudigkeit zu tadeln«, so der Philosoph Hermann Lübbe 2001.⁷ Der Historiker Gerd Koenen schrieb 2002 in seinem Buch *Das rote Jahrzehnt* das Kapitel »FELIX CULPA – Vergangenheitsbewältigung als deutsche Selbstfaszination« und dort vom deutschen Monopolanspruch des »Auschwitz gehört uns!«.⁸ Womöglich steckt dahinter die Hybris im Negativen als Fortsetzung des Größenwahns.

Auch scheinen die Deutschen ein Problem mit dem Begriff »Volk« zu haben, dabei ist im Grundgesetz eindeutig vom »deutschen Volk« und vom »Wohle des deutschen Volkes« die Rede. In der Noch-DDR hatten Hunderttausende mit diesem Begriff kein Problem. Sie skandierten: »Wir sind das Volk!«, und später: »Wir sind ein Volk!«. Zugleich glaubte kein westdeutscher Linker an die Wiedervereinigung, und kaum einer wollte sie – weder in den 1960er- noch in den 1980er-Jahren. Willy Brandt (SPD) erklärte noch in einer Rede am 14. September 1988 die Wiedervereinigung zur »Lebenslüge der zweiten deutschen Republik«. Oskar Lafontaine, SPD-Kanzlerkandidat von 1990, tat sich im Herbst 1989 angesichts des Massenexodus aus der DDR mit der Forderung hervor, künftig nur noch Übersiedler aufzunehmen, die sich bereits von der DDR aus Wohnung und Arbeit im Bundesgebiet besorgt hätten.⁹ Gerhard Schröder (SPD) hielt in der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 27. September 1989 eine auf Wiedervereinigung gerichtete Politik für »reaktionär und hochgradig gefährlich«. Dabei gab es bei der deutschen Einigung keine nationalen oder gar nationalistischen Töne. Denn: »Wir sind das Volk!« ist die Parole des befreienden Patriotismus. »Wir sind das bessere Volk!« wäre der Kampfruf eines aggressiven Patriotismus.«¹⁰

In Kreuzberg und in Frankfurt/Main fanden sich zum 3. Oktober 1990 dennoch Sprüche wie »Deutschland verrecke!« oder »Nie wieder Deutschland!«. Jutta Ditfurth (Bündnis 90/Die Grünen) fand – im *Neuen Deutschland* vom 12. Oktober 1991 – Deutschland »zum Kotzen«. Hinter solchen Formeln läuft später schon mal eine Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages namens Claudia Roth (Bündnis 90/Grüne) her. »Deutschland verschwindet jeden Tag immer mehr, und das finde ich einfach großartig« (Jürgen Trittin, *FAS* vom 2. Januar 2005). Zu diesem Zeitpunkt ist er Bundesumweltminister (1998–2005).

Wieder andere stänkern gegen die Nationalhymne. Gegen die dritte Strophe einer Nationalhymne, in deren Namen es zur friedlichen Revolution in der DDR kam und die eine friedliche ist. Umso abwegiger war der Versuch der linken Lehrgewerkschaft GEW, die deutsche Nationalhymne öffentlich in einem Pamphlet zu Beginn der Fußball-WM 2006 als »furchtbares Loblied« zu diskreditieren.

Dieses aversive Verhältnis eines Teils der Bundesdeutschen zu ihrem Land sowie eines Großteils zu allem Militärischen ist geblieben: politisch sowie in weiten Kreisen der Medien. Dort wird so getan, als gebe es nichts Deutsches, das es wert sei, geschützt und womöglich militärisch verteidigt zu werden. Mit sichtbaren Folgen: Die ab 1990 heruntergewirtschaftete Bundeswehr, von großen Teilen der Medien und der pazifistischen Gesellschaft eher geduldet als geachtet oder gar geliebt, hat eben in einer Wohl- und »Zivil«-Gesellschaft kaum Unterstützung.

Naiv-militanter Pazifismus als ideologische Basis

Der pazifistischen Gesellschaft in Deutschland scheint das Verständnis für die Grundlagen einer freiheitlichen Demokratie schon sehr früh abhandengekommen zu sein. Die Mitte der 1950er-Jahre und zu Zeiten des NATO-Doppelbeschlusses ab 1979 beliebte Parole »Lieber rot als tot« sowie die explodierenden Zahlen an Wehrdienstverweigerern (in den 1980er-Jahren jährlich bis zu 77 000) sind ein deutlicher Hinweis. Nach wie vor gilt es als nicht opportun, wie jedes andere Land der Welt legitimerweise ureigene Interessen zu formulieren.

In kaum einem anderen Land der Welt ist folglich der Unwille so ausgeprägt, gegebenenfalls für das eigene Land zu kämpfen. Mit einer Studie des Gallup-Instituts aus dem Jahr 2015 wurde in 68 Ländern repräsentativ gefragt: »Wären Sie bereit, für Ihr Land zu kämpfen?« Deutschland liegt mit 18 Prozent auf Platz 66, knapp hinter Italien (20 Prozent).

»Das Deutschland von heute steht gern als scheinbar Unparteiischer auf einem sicheren, moralischen Feldherrnhügel«, schreibt Ex-Brigadegeneral Erich Vad Anfang 2020.¹¹ In kaum einem anderen Land der Welt wird der Pazifismus so militant exerziert wie in Deutschland. Siehe etwa die Proteste gegen öffentliche Gelöbnisse der Bundeswehr. Als »Aktivisten« verharmloste Gewalttäter und Randalierer stören diese Gelöbnisse regelmäßig und sind sich nicht zu schade, martialisch gegen die angebliche Militarisierung Deutschlands aufzutreten.

Rangplatz	Land (ausgewählte Länder)	Anteil JA-Antworten in %
1	Marokko	94
3	Pakistan	89
12	Türkei	73
16	China	71
20	Israel	66
27	Russland	59
31	Schweden	53
39	USA	44
50	Frankreich	29
52	Großbritannien	27
64	Italien	20
66	Deutschland	18
68	Japan	11

Aus der Studie des Gallup-Instituts 2015: Antworten auf die Frage »Wären Sie bereit, für Ihr Land zu kämpfen?«

Vor diesem Hintergrund sollte man sich gelegentlich großer Gedanken und Denker erinnern. Für die Römer galt: *Si vis pacem, para bellum*. (Frei übersetzt: Wenn du den Frieden willst, rüste dich für einen möglichen Krieg.) Für den britischen Historiker Arnold Toynbee (1889–1975) sind pazifistische Staaten denen, in denen der Pazifismus nicht obsiegt hat, hilflos ausgeliefert. Folge wäre, »dass die gewissenlosesten Regierungen und die rückständigsten Militärstaaten sich zu Herren der Welt machen könnten«. ¹² Oder nehmen wir Winston Churchill: Für ihn ist ein Pazifist ein Mensch, der ein Krokodil füttert – in der Hoffnung, dass er als Letzter gefressen wird.

Deutsche lassen sich seit 1945 von einem moralisch zwar hochwertigen, aber unrealistischen »Nie wieder« und von dem sogar gerichtlich abgeseg-

neten Tucholsky-Satz »Soldaten sind Mörder« blenden. Tucholsky hatte dies am 4. August 1931 in der *Weltbühne* in einer Glosse geschrieben.* Der verantwortliche Redakteur Carl von Ossietzky (gegen den Willen der Nationalsozialisten Träger des Friedensnobelpreises 1935) wurde aufgrund der Veröffentlichung dieses Satzes 1932 wegen »Beleidigung der Reichswehr« angeklagt, aber freigesprochen. Das Gericht sah in dem Zitat keine konkreten Personen angegriffen.

Es kam zu Beginn der 1990er-Jahre zu mehreren Gerichtsprozessen und »Soldatenurteilen« Frankfurter Gerichte. Im November 1995 schließlich bekräftigte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG), dass die Verwendung des Tucholsky-Zitats unter bestimmten Voraussetzungen keine Beleidigung darstelle und deshalb nicht bestraft werden dürfe. Der Erste Senat betonte, das Zitat sei so lange vom Grundrecht auf freie Meinungsäußerung gedeckt, wie es sich um eine allgemeinpolitische Aussage handle. Dies sei aber kein Freibrief für die Beleidigung einzelner Soldaten oder der Bundeswehr. Aussagen wie »Soldaten sind Mörder« oder »Soldaten sind potenzielle Mörder« stellten dann keine strafbare Beleidigung dar, wenn damit das »Soldatentum« und »Kriegshandwerk« an sich verurteilt werden sollten. Der Historiker Egon Flaig hat es wie folgt auf den Punkt gebracht: »Wer damals politische Urteilskraft besaß, musste die verheerenden Auswirkungen dieser Urteile antizipieren.«¹³

Ein extremes Beispiel ist der Luftangriff von Kundus: Dort kamen am 4. September 2009 bei einem von einem deutschen Oberst angeforderten Luftschlag etwa 50 Menschen ums Leben, darunter bewaffnete Taliban, aber auch Kinder. US-Kampfflugzeuge hatten zwei von Taliban womöglich für Terrorzwecke entführte Tankklaster bombardiert. Die Reaktion einiger angeblich Friedensbewegter war bezeichnend: Das Büro für Antimilitaristische Maßnahmen sowie der Berliner Landesverband der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen forderten im Dezember 2009 dazu auf, jeden gefallenen Bundeswehrsoldaten mit einem Sauf-

* Der Kontext war wörtlich: »Da gab es vier Jahre lang ganze Quadratmeilen Landes, auf denen war der Mord obligatorisch, während er eine halbe Stunde davon entfernt ebenso streng verboten war. Sagte ich: Mord? Natürlich Mord. Soldaten sind Mörder.«

gelage am Ehrenmal der Bundeswehr zu feiern. Das Motto lautete: »Man soll Feste feiern, wie sie fallen!« Schließlich sei der Tod eines deutschen Soldaten ein weiterer Schritt »zur Abrüstung – wieder einer weniger«. ¹⁴

Initiativen der 1990er-Jahre, für Bundeswehrsoldaten einen Ehrenschutz gesetzlich zu verankern, scheiterten 1999 – zu einem Zeitpunkt, als die Bundeswehr schon an dem völkerrechtlich umstrittenen Krieg gegen Serbien beteiligt war. Der Bundestag begründete das so: »Nach Ansicht der Mehrheit des Hauses ist ein besonderer strafrechtlicher Ehrenschutz für die Bundeswehr weder gerechtfertigt oder erforderlich, noch werde dieser von den Streitkräften selbst gewünscht.« ¹⁵

Wiederkehrende Attacken gegen die Bundeswehr

Ein Blick zurück: Bundeskanzler Willy Brandt forderte die für Schulbildung zuständigen deutschen Länder 1970 auf, bei jungen Menschen »Verständnis zu wecken für die Notwendigkeit einer ausreichenden Verteidigung als Voraussetzung jeder Entspannungspolitik«. Zwei SPD-Verteidigungsminister (Helmut Schmidt 1971 und Hans Apel 1980) sprachen ähnlich. Heute würden die drei dafür wahrscheinlich in die bellizistische, wenn nicht nationalistische Ecke gestellt.

Aber auch damals ernteten Brandt, Schmidt und Apel eher im Lager der CDU/CSU Beifall. Die Union schlug die Einbindung sicherheitspolitischer Fragen in den schulischen Unterricht vor: »Bundeswehr und Friedenssicherung im Unterricht«. Die SPD freilich, die Partei Brandts, Schmidts und Apels, sah das anders. Mit ihrem Gegenpapier »Friedenserziehung in der Schule« von 1982 setzte sie andere Akzente. Eine Förderung der Verteidigungsbereitschaft qua Schule lehnte sie ab. Zu einer Entscheidung kam es nicht, denn die damals elf deutschen Länder konnten sich innerhalb der Kultusministerkonferenz auf keinen Beschluss einigen. ¹⁶ Die SPD des Landes Berlin knüpfte im April 2019 daran nahtlos an und verlangte – schließlich erfolglos – als neuen Passus im Berliner Schulgesetz: »Es wird militärischen Organisationen untersagt, an Berliner Schulen für den Dienst

und die Arbeit im militärischen Bereich zu werben.« Gemeint waren die Bundeswehr-Jugendoffiziere.¹⁷

Nach der Jahrtausendwende gelang es immerhin, in einigen deutschen Ländern ganz offiziell Jugendoffiziere in den Unterricht einzubinden. Den Anfang machte 2008 Nordrhein-Westfalen, es folgten Baden-Württemberg und das Saarland, 2010 Sachsen, Rheinland-Pfalz, Bayern, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern. Es geht hier um die Tätigkeit von 94 hauptamtlichen Jugendoffizieren – eine 1958 errichtete und personell stets bestens besetzte Institution. Im Jahr 2017 erreichten sie immerhin 90 000 Schüler. Auf Wunsch werden Truppenbesuche für diese organisiert.

Obwohl es in Aufgabenstellung und Praxis eine streng eingehaltene Trennung zwischen Jugendoffizieren und Karriereberatern gibt, wird den Jugendoffizieren immer wieder unterstellt, sie würden für den Eintritt in die Bundeswehr werben. Auch wird die sicherheitspolitische Unterrichtung immer mal wieder mit dem von 1978 bis 1989 in der DDR etablierten Pflichtfach Wehrkundeunterricht in Verbindung gebracht, zum Beispiel von der Partei Die Linke. Repräsentanten einer grundgesetzlich verankerten und auch in all ihren Einsätzen demokratisch legitimierten Institution, der Parlamentsarmee, werden damit verächtlich gemacht.

Die Spitze der Stänkerei gegen die Bundeswehr und ihre Jugendoffiziere stellen einzelne Schulen dar, die sich rühmen, diesen die Schultore zu versperren. Im Jahr 2013 zum Beispiel wurden zwei »Schulen ohne Bundeswehr« mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet, und zwar das Robert-Blum-Gymnasium in Berlin und die Käthe-Kollwitz-Schule in Ofenbach. Dem Verein Aachener Friedenspreis gehören unter anderem an: die Stadt Aachen, der DGB NRW, die katholische Organisation Misereor, der Diözesanrat der Katholiken des Bistums Aachen, der evangelische Kirchenkreis Aachen, der SPD-Unterbezirk, der Kreisvorstand der Grünen. Linke und Kirchen in einem Boot!

Schwer tun sich Vertreter der Bundeswehr oft auch bei Auftritten an Universitäten. Ein markantes Beispiel: Im April 2013 wollte Verteidigungsminister de Maizière an der Humboldt-Universität Berlin vortragen, was randalierende Studenten verhinderten. Rufe wie »Nie wieder Krieg«, »Nie wieder Deutschland« und »Deutschland ist Sch...« waren zu hören. Blutrot

befleckte Studenten warfen sich vor ihm auf den Boden. Der Minister zog unverrichteter Dinge von dannen.

Überhaupt wollen viele Hochschulen nichts mit dem Militär zu tun haben. Sie verpflichten sich im Rahmen einer Zivilklausel dazu, ausschließlich für zivile Zwecke zu forschen. Die erste Zivilklausel trat 1986 an der Universität Bremen in Kraft. Mittlerweile haben 65 deutsche Hochschulen solche Klauseln. Entsprechendes ist zudem in vier Landeshochschulgesetzen verankert: in Niedersachsen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Bremen. Damit verschwindet das Themenfeld Sicherheits- und Rüstungspolitik aus der hochschulpolitischen Öffentlichkeit.

Gleichwohl finden seit 1980 Gelöbnisse junger Rekruten öffentlich statt. In den Jahren zuvor traute sich die Bundeswehrführung das nicht. Unter dem Titel »GelöbNix!« protestierten ab 1996 autonome Gruppierungen gegen öffentliche Gelöbnisse. Ab 1999 fanden Gelöbnisse teilweise am Bandlerblock statt, dem zweiten Dienstsitz des Verteidigungsministeriums, um zu verhindern, dass Protestgruppen stören konnten. 2008 wurde ein Gelöbnis vor den Reichstag verlegt. Bei öffentlichen Gelöbnissen etwa in Husum (2017) oder in Mainz (2014) mussten die Veranstaltungsorte zu einer Art Hochsicherheitszone umgewandelt werden.

Rechtsextremismus in der Bundeswehr?

Immer wieder wird behauptet, es gebe in der Bundeswehr rechtsextreme oder gar rechtsradikale Kräfte oder Netzwerke in größerer Zahl. Dafür gibt es keine Nachweise. Zwischen 2008 und 2018 wurden 199 Rechtsextreme entlassen. Von diesen waren 170 noch zu Zeiten der Wehrpflicht zur Bundeswehr gekommen. Gewiss ist jeder politisch Radikale einer zu viel. Aber gemessen an der Größe der Bundeswehr sind 199 in zehn Jahren eine zu geringe Zahl, um die Gesamtheit unter Generalverdacht zu stellen. Auch wurden 32 Islamisten und 14 Linksextreme identifiziert. Der Fall Franco Albrecht, der sich 2017 mit der fiktiven Identität eines syrischen Flüchtlings subsidiären Schutz erschlief und Anschläge auf Spitzenpolitiker geplant